Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Leipzig 28614

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsstellung monatlich 4.50 Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich 5 Mk., auf dem Lande 5.25 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.25 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Insertionspreis 1 Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltige Korpuszeile 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile 3 Mk. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 170. — Sonnabend den 23. Juli 1921. — 80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Krüppel-, Mütter- und Tuberkulosen-Beratungsstelle.

Nächste Sprechstunde Sonnabend den 23. Juli 1921 nachm. 5 Uhr im Sprechzimmer des Herrn Sanitäts-Rat Dr. Baricky.

Wilsdruff, am 21. Juli 1921 — Der Stadtrat.

Kleine Anzeigen haben im „Wilsdruffer Tageblatt", das einen weitverzweigten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Im Rheinland findet eine verschärfte Zollkontrolle aller beim besetzten Gebiet aus- und einfahrenden Züge statt.
* Nach Londoner Meldungen tritt England dafür ein, den Obersten Rat zur Entscheidung in der oberschlesischen Frage spätestens Ende Juli nach Boulogne einzuberufen.
* Die italienische Regierung soll die Absicht haben, zwei Regimenter zur Verstärkung nach Oberschlesien zu entsenden.
* Der englische Gesandte in London soll die Anweisung bekommen haben, die französische Regierung zu warnen, in Oberschlesien selbständig eine Entscheidung zu treffen.
* Vom Orient-Kriegsschauplatz laufen wie üblich Siegesmeldungen von beiden Teilen ein. Die Griechen wollen nicht weniger als 30 000 Türken gefangen, die Türken die Griechen an mehreren Stellen zurückgedrängt haben.

Enttäuschte Hoffnungen.

In den letzten Tagen ist in der Presse mehrfach davon die Rede gewesen, daß der Reichskanzler sich mit Gedanken des Rücktrittes trage. Von amtlicher Seite ist eine Richtigstellung in nicht sehr geschickter Form erfolgt, denn nachdem Herr Dr. Wirth dem englischen Botschafter gegenüber mehrfach erklärt hatte, daß von dem Ausfall der Entscheidung über Oberschlesien die Existenz jedes deutschen Kabinetts und damit selbstverständlich auch des gegenwärtigen abhängig sei, war es nicht gerade nötig, den guten Eindruck, den eine so klare Feststellung besonders im Auslande erzielen mußte, nur wegen einiger unpassender Erörterungen, die in einzelnen Blättern daran geknüpft wurden, durch ein amtliches Dementi wieder abzuschwächen. Daß der Grundgedanke der Meldungen von der Möglichkeit eines Rücktrittes der Regierung trotzdem durchaus richtig war, hat der Kanzler jetzt selbst in einer Unterredung mit einem amerikanischen Pressevertreter bestätigt. Darin hat Herr Dr. Wirth erklärt, daß durch die Haltung, die Frankreich in der oberschlesischen Frage einnimmt und durch den Fortbestand der Sanktionen tatsächlich der Sturz des Kabinetts drohe, weil unter diesen Umständen nicht damit zu rechnen sei, daß der Reichstag das bekannte große Steuerprogramm der Regierung annehmen würde, wenn der Kanzler im Herbst dem Reichstage gestehen müsse, daß er in außenpolitischer Beziehung keine Erfolge gehabt habe und gewissermaßen mit ganz leeren Händen vor das Parlament komme. Der Kanzler betonte dabei nochmals nachdrücklich, daß er, wie ja alle Welt weiß, bei der Übernahme der Regierung nicht nur zum Scheine den Versuch gemacht habe, das Ultimatum zu erfüllen, sondern daß er an diese Riesenaufgabe mit dem besten ehrlichsten Willen, sie auch wirklich durchzuführen, heranging. Zum Beweise dafür konnte er darauf hinweisen, daß wir bisher nicht nur die uns auferlegten Zahlungen pünktlich, ja sogar noch vor den von uns verlangten Terminen in die Wege geleitet, sondern daß wir auch die Entwaffnung gründlich durchgeführt haben, so daß wir heute buchstäblich **ein Volk ohne Waffen** sind.

Wenn der Kanzler im Anschluß daran sagte, daß es natürlich nicht genüge, daß nur von unserer Seite aus guter Wille bewiesen wird, und daß die besten Absichten für den Wiederaufbau und für ein Zusammenarbeiten der Völker scheitern müssen, wenn die Gegenseite Übelwollen zeige, so hat er damit den Kernpunkt der ganzen Krisis berührt, in der sich das deutsche Kabinett wieder einmal befindet. Der Streit um den deutschen Kanzler geht diesmal eigentümlicherweise nicht von den deutschen Parteien aus, sondern vom Auslande. Die Wurzel dieses Konfliktes liegt noch in den Tagen der Neubildung der jetzigen Regierung, die bekanntlich mit der Annahme des Ultimatums zusammenfiel. In rechtsstehenden Kreisen neigte man damals der Auffassung zu, daß die Annahme des Ultimatums nur unter der Bedingung möglich sei, daß man von der Entente ganz bestimmte **Garantien** für das zukünftige Verbleiben Oberschlesiens beim Deutschen Reiche bekäme. Nachdem sich herausstellte, daß diese Garantien nicht zu haben waren, mußten diese Kreise folgerichtig auf der Ablehnung des Ultimatums bestehen, und auf die Teilnahme an der Regierung verzichten. Der damalige Finanzminister Wirth, der alsdann mit Unterstützung des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten die Leitung der neuen Regierung übernahm, glaubte jedoch, daß ein Beschluß auf Annahme des Ultimatums auch ohne derartige Garantien zu verantworten sei. Er gab allerdings in seiner Antrittsrede der starken Hoffnung Ausdruck, daß die Entente künftig jede weitere Beeinträchtigung des deutschen politischen und wirtschaftlichen Lebens unterlassen werde, wenn sie auf die genaue Durchführung der von uns versprochenen Leistungen rechnen wolle.

Diese Hoffnung, die leider durch keine bindenden Zusagen von der Gegenseite gestützt war, sondern eben nur eine Hoffnung war, hat inzwischen schwer enttäuscht. Die Entente, besonders Frankreich, hat uns weder im Hinblick auf Oberschlesien noch auf die Sanktionen die geringsten Erleichterungen gewährt, und der Kanzler und seine Regierung kommen dadurch in die größten Schwierigkeiten. Wenn der Kanzler jetzt sagt, daß der Reichstag unter solchen Umständen natürlich das Steuerprogramm nicht bewilligen könne, so hat er dabei mit vollem Recht nicht von einzelnen Parteien, sondern vom Reichstag als ganzem gesprochen, denn es kann ja auch für die Regierungsparteien und für die Regierung selbst keinem Zweifel unterliegen, daß jede Fortsetzung des Versuchs zur Erfüllung des Ultimatums sinnlos wird, wenn uns Oberschlesien genommen und die Sanktionen nicht aufgehoben werden. Dann hat es aber auch keinen Zweck, das riesige Steuerprogramm zu bewilligen, welches in erster Linie eben gerade der Durchführung des Ultimatums dienen soll. Parteipolitische Gegensätze innerhalb des Reichstages dürften sich in dieser Frage kaum geltend machen. **Es liegt also einzig und allein in der Hand des Obersten Rates, ob Deutschland jetzt von neuem in eine Kanzlerkrise gestürzt werden soll oder ob man uns durch die Erfüllung der selbstverständlichen Voraussetzungen für unsere Leistungen die Möglichkeit verschaffen will, auf dem nun einmal betretenen Wege der Wiedergutmachungsleistungen weiter fortzuschreiten.**

Briands Verschleppungsversuche.

Englisch-französischer Notenwechsel.

Der Streit zwischen der englischen und der französischen Regierung um den Zeitpunkt, an dem der Oberste Rat zu seiner entscheidenden Sitzung in der oberschlesischen Grenzfrage zusammentreten soll, ist immer noch nicht geklärt. Briand versucht noch immer, seinen Standpunkt zu behaupten, wonach es angeblich notwendig sei, die Entscheidung noch weiter hinauszuschieben, während England immer energischer auf eine baldige Zusammenkunft des Obersten Rates drängt.

Eine neue englische Note

betont wiederum die Notwendigkeit, eine Tagung des Obersten Rates **in Boulogne in der Zeit vom 27. bis 30. Juli** einzuberufen. Die englische Regierung hält die Lage in Oberschlesien für gefährlich und erklärt, daß zu jeder Zeit ernste Unruhen sowohl von polnischer wie von deutscher Seite ausbrechen könnten, und daß diese Unruhen um so gefährlicher sein könnten, je länger die jetzige Lage andauere. Da die Zeit kurz bemessen ist, werde es nicht möglich sein, vorher Beratungen von Sachverständigen stattfinden zu lassen, wie die französische Regierung dies wünscht. Der Oberste Rat müsse sich zunächst mit der Frage von Truppenverstärkungen nach Oberschlesien befassen, sodann das oberschlesische Problem selbst prüfen. Die Note erklärt schließlich, falls Lloyd George durch die irländische Frage zurückgehalten sei, so würde Lord Curzon zusammen mit Balfour die englische Regierung vertreten.

Die französische Antwortnote

ist sofort nach dem Eintreffen der englischen Note in Paris abgesandt worden. Darin wird gesagt, daß die französische Regierung auf ihrem Standpunkt verharrt und die Notwendigkeit aufrechterhält, daß einerseits vor jeder neuen Konferenz des Obersten Rates Verstärkungen nach Oberschlesien entsandt werden und daß andererseits ein Sachverständigen-Ausschuß damit beauftragt wird, die Lage für die Teilung des Abstimmungsgebiets zuvor zu klären. Es kann, so heißt es weiter, in Frankreich nicht vergessen werden, daß von den 19 500 Mann, die die alliierten Truppen in Oberschlesien darstellen, 12 000 Mann Franzosen sind, während Italien nur 4500 Soldaten und Großbritannien im Höchstfalle 3200 Mann stellen. Daher hätte Frankreich nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, sich mit den Ereignissen zu beschäftigen, die die Gefahr in sich schließen, daß eine zu schnelle und schlecht vorbereitete Entscheidung getroffen wird. Infolgedessen verlangt die französische Regierung erneut von dem Kabinett in London, es möge der sofortigen Entsendung der verlangten Verstärkungen zustimmen und weiter ohne Verzug technische Sachverständige bezeichnen, die während der Zeit, wo die Truppen auf dem Wege nach Oberschlesien sind, sich über die zukünftige deutsch-polnische Grenzführung einigen können. In diesem Falle werde dann nichts mehr einem baldigen Zusammentritt des Obersten Rates entgegenstehen.

Eine englische Warnung

Für die Zuspitzung des Konflikts ist es kennzeichnend, daß der englische Botschafter in Paris angewiesen wurde, die französische Regierung nicht darüber im Zweifel zu lassen, daß London sich einen Versuch, in Oberschlesien „vollendete Tatsachen" zu schaffen, nicht gefallen lassen werde.

Der amerikanische Botschafter in London wurde gebeten, zu erklären, ob er oder ein anderer Vertreter der Vereinigten Staaten an der Sitzung des Obersten Rates teilnehmen würde. Der Botschafter erklärte, er werde wahrscheinlich selbst der Konferenz beiwohnen. Manche englischen Politiker denken schon daran, die **Vermittlung der Vereinigten Staaten** anzurufen. Lloyd George befürchtet von der Zuspitzung der Lage eine ernstliche **Bedrohung des Weltfriedens** und, um ein selbständiges Vorgehen der Franzosen zu vermeiden, habe er auf rascheste Einberufung der Konferenz des Obersten Rates gedrängt.

Die Sachleistungen für den Wiederaufbau.

Öffentlich-rechtlicher Leistungszwang.

Die neue Reichsverordnung über Sachleistungen für den Wiederaufbau geht von der Grundbestimmung aus, daß die für den Wiederaufbau erforderlichen Warenlieferungen und Werkleistungen nach Möglichkeit auf dem Wege freier Vereinbarung aufzubringen sind. Nur soweit sie auf diesem Wege nicht in geeigneter Weise beschafft werden können, sollen sie von **Leistungsverbänden** oder von den Inhabern der einzelnen Betriebe angefordert werden. Leistungsverbände sind in erster Linie die Länder. Sie können ihrerseits die Leistungen, die sie aufzubringen haben, von rechtsfähigen Unterverbänden oder von den Inhabern der Betriebe anfordern; sie haben auch das **Recht der Beschlagnahme und Enteignung.**

Die Verteilung der anzufordernden Leistungen auf die Länder nimmt der Wiederaufbauminister vor. Er kann auch für die Anforderungen und für die Durchführung einzelner Arten von Leistungen Verbände bilden und sie neben den Ländern zu Leistungsverbänden bestimmen. Die Anforderung der Leistungen erfolgt durch die Anforderungsbehörde. Diese wendet sich zunächst an die Leistungsverbände, falls aber von den letzteren die Leistung nicht bewirkt wird, unmittelbar an die Inhaber der Betriebe. Die Leistungsverbände haben für eine angemessene Verteilung der aufzubringenden Leistungen innerhalb ihres Bereiches zu sorgen.

Den Anforderungen ist unverzüglich Folge zu leisten. Die Anforderungsbehörde kann die Durchführung der Anforderungen sowohl gegenüber den Leistungsverbänden als auch gegenüber den Inhabern einzelner Betriebe durch **Ordnungsstrafen** bis zum Betrage von 100 000 Mark für jeden Fall erzwingen. Ihre Durchführung erfolgt im Wege des Verwaltungszwanges nach Maßgabe der landesrechtlichen Vorschriften. Über die **Bezahlung** der Leistungen wird bestimmt, daß neben einer angemessenen Vergütung für den Wert der Leistungen die in diesem Werte nicht eingeschlossenen notwendigen Kosten zu erstatten sind, die den Leistungspflichtigen durch die Leistung entstehen. Gegen die Festsetzung der Vergütung durch die Anforderungsbehörde kann binnen 6 Monaten an das Reichswirtschaftsgericht appelliert werden, das endgültig entscheidet. Die Anforderungsbehörde gewährt den Leistungsverbänden und den Inhabern der einzelnen Betriebe angemessene Vorschüsse.

Kronprinz Rupprechts geheime Denkschrift.

Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs.

Soeben wird eine ausführliche geheime Denkschrift des früheren Kronprinzen Rupprecht von Bayern bekannt, die an den damaligen bayerischen Ministerpräsidenten und späteren Reichskanzler Freiherrn v. Hertling gerichtet und vom 19. Juli 1917 datiert ist.

Der Kronprinz setzt zunächst auseinander, weshalb schon damals auf eine militärische Entscheidung in der Westfront zu unseren Gunsten und auf eine durchgreifende Wirkung des U-Boot-Krieges nicht mehr zu rechnen sei. Er verwirft die Bombenangriffe „auf die sogenannte Festung London", mit denen nur das Gegenteil des Gewollten erreicht werde. Ein Friedensschluß mit Rußland bis zum Herbst ohne Annexionen und Entschädigung, unter Verzicht auf die Angliederung Kurlands, ist ihm von ausschlaggebender Wichtigkeit. Er rät für die Zeitspanne bis zum vollen Einsatz der amerikanischen Hilfskräfte, vor dessen Unterschätzung er warnt, Verhandlungen mit dem Gegner auf der Basis des Standes vor dem Kriege unter Verzicht auf Entschädigungen und nötigenfalls unter Verzicht auf die Rückgabe der Kolonien an, während Österreich zu Gebietsabtretungen an Italien bewogen werden muß.

Die innerdeutschen Verhältnisse

sieht der Prinz durch die nach seiner Meinung besonders von Berlin aus um sich greifende wilde Jagd nach dem Mammon bedroht. Der Mittelstand werde dabei einfach vernichtet.

SLUB Wir führen Wissen. — Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF

Die letzten — Jahre habe die ganze auswärtige Politik im Dienste der Industrie- und Handelsmagnaten gestanden, nicht Deutschlands Wohl war maßgebend, sondern der Profit. „Man wirft der bayerischen Regierung vor", fährt der Prinz wörtlich fort, „daß sie sich alles von Berlin gefallen ließe, und die Meinung gewinnt immer mehr Anhänger, daß, nachdem doch alles von Berlin aus geleitet werde, unsere Regierung weiter nichts sei als ein überflüssiger und kostspieliger Ballast. In den anderen Bundesstaaten ist übrigens die antimonarchistische Stimmung womöglich noch schlimmer. Durch hier nicht zu erörternde Umstände ist

der Kaiser um alles Ansehen

gekommen, und die Verstimmung geht soweit, daß ernsthaft denkende Leute bezweifeln, ob die Dynastie der Hohenzollern den Krieg überdauern wird. Die einzelnen Bundesstaaten müssen alles daran setzen, um in die innerpolitische Krise Preußes nicht verwickelt zu werden, die mir noch lange nicht abgeschlossen erscheint, und dürfen es nicht zugeben, daß sie durch eine Umgestaltung der Reichsverfassung in parlamentarischem Sinne ihrer wichtigsten Rechte und ihres Einflusses auf die Aufgaben des Reiches beraubt werden." Kronprinz Rupprecht wendet sich gegen die Errichtung eines republikanischen Einheitsstaates und befürchtet eine Umgestaltung der Reichsverfassung im Sinne einer Hebung der Autorität der Einzelstaaten, die aus dem deutschen Bundesstaat mehr einen Staatenbund mache. Jede Schmälerung der Rechte der einzelnen Bundesfürsten, so müsse in Berlin betont werden, richte sich auch gegen den Träger der Kaiserkrone. „Bedenklich stimmte mich ein Ausspruch, den nun vor einem Jahre ein im Verkehr mit Bismarck herangereifter Staatsmann zu mir tat: Die Völker würden es künftig nicht mehr dulden, daß über sie durch die Ungeschicklichkeit der Regierungen so ein Unglück hereinbräche wie der gegenwärtige Krieg und würden sich künftig die

Entscheidung über ihre Politik,

wie über Krieg und Frieden selbst vorbehalten." Der Prinz hält derartige Ansichten für utopisch, da die Politik doch zuletzt nur von einzelnen Menschen bestimmt werde. Der Ausschuß des Bundesrats, nicht der Reichstag, müsse die Leitung der auswärtigen Politik in der Hand behalten.

Die äußere Politik erlitt unter der bisherigen Regierung Schiffbruch, sagt Kronprinz Rupprecht zum Schluß. Die Krise hat zu einem Siege der Obersten Heeresleitung über den Reichskanzler geführt, der durch seine Unentschlossenheit in allen Fragen geradezu verderblich wirkt. Endlich regt der Kronprinz die Aufstellung von Handelsattachés bei den bayerischen Gesandtschaften, die Unterstützung des bedrohten Mittelstandes durch Darlehnskassen und die Sicherung des Bauernstandes durch hohe Steuern auf Landerwerb an. Bei den letzten Vorschlägen ist zu beachten, daß sie ja lediglich für die bayerische Regierung bestimmt waren.

Lockspitzel-Politik.

Französisches Geld für die Insurgenten.

Die jüngsten Vorkommnisse in Oberschlesien lassen immer deutlicher erkennen, daß die Franzosen direkt darauf ausgehen, die deutsche Bevölkerung unter allen Umständen zu einer Unbesonnenheit hinzureißen und, wenn irgend möglich, einen deutschen Aufstand hervorzurufen. Unter den Deutschen auf dem linken Oderufer werden dauernd Durchsuchungen nach Waffen veranstaltet, während die Insurgenten auf dem rechten Oderufer frei mit ihren Gewehren umherlaufen. Die Lage dürfte sich noch mehr verschärfen, wenn die angekündigte Truppenverstärkung der Franzosen eintrifft, zumal die neuen französischen Truppen dazu dienen sollen, die Engländer aus dem Industriegebiet herauszudrängen und sie an einer weniger wichtigen Stelle des Abstimmungsgebietes unterzubringen. Dadurch würde England den letzten Einfluß auf die oberschlesischen Ereignisse verlieren, und die deutsche Bevölkerung wäre den Polen und Franzosen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert.

Die Unterstützung der Polen durch die Franzosen findet immer neue Beweise. So wird jetzt berichtet, daß der letzte polnische Aufstand zweifellos durch französische Gelder finanziert worden ist. Der Kommandant Fournier in Paris schickte die erforderlichen Gelder an den Kommandanten Marinot vom französischen Geheimdienst. Dieser leitete die Gelder durch die polnische Regierung an die Aufständischen weiter.

Wie gefangene Deutsche behandelt werden.

Die anläßlich der Vorfälle beim Einzuge der Engländer und der Ermordung des französischen Majors Montalègre in Beuthen festgenommenen Deutschen kehrten zum Teil erst jetzt wieder aus der französischen Haft zu ihren Angehörigen zurück. Die Einsperrung hat 15 volle Tage gedauert. Die Freilassung beweist, daß den jungen Leuten nichts vorzuwerfen war. Ihre Behandlung war über alle Maßen niederträchtig. Vor der Abführung ließ man die zum Teil Schwerverwundeten durch eine Kompagnie französischer Soldaten Spießruten laufen. Einer der so Mißhandelten, ein Schlosser aus Königshütte, hatte vorher nicht weniger als drei Bajonettstiche und einen Kolbenschlag auf den Kopf erhalten. 28 Gefangene sind noch in Haft.

Das Gutachten der Kommissare,

die in Oberschlesien selbst weilen, gibt bezeichnenderweise durchaus der englischen Auffassung der Lage recht. Wenigstens wird aus London berichtet, daß die allgemeine Meinung der alliierten Kommissare dahin geht, daß jeder weitere Aufschub der Regelung in Oberschlesien eine sehr gefährliche Lage schaffen werde. Die Kommissare drängen auf baldige Entscheidung und regen eine sofortige Teilung zwischen Deutschland und Polen an, sowie die Besetzung der beiden Gebiete durch polnische und deutsche reguläre Truppen.

In der englischen Presse wird der Standpunkt der englischen Regierung sehr nachdrücklich unterstrichen und es werden dabei den französischen Bundesgenossen manche recht bittere Wahrheiten gesagt. „Daily Chronicle" richtet eine sehr energische Warnung an Frankreich, dessen Versuch, die Entscheidung zu verschieben, als der Höhepunkt einer langen, politisch gefährlichen Verzögerung bezeichnet wird. Es wird darin weiter ganz offen gesagt, daß im Februar bereits London und Paris dahin übereingekommen waren, daß der Oberste Rat baldigst zusammentreten müsse, um die Frage zu entscheiden. Sofort aber begann Briand seine Verschleppungsversuche. Abgesehen von der französischen Taktik bestehe kein Grund, warum die Entscheidung jetzt nicht getroffen werden solle, und es sei von den Franzosen ohne Zweifel gewagt, durch diese absichtliche und nicht zu rechtfertigende Verschleppung, die die ganze Grundlage produktiver Zusammenarbeit zwischen Frankreich und England untergräbt und Unruhe und Ungewißheit in Mitteleuropa verewigt, die Ergebnisse umzustoßen, die durch das interalliierte Abkommen im Mai d. J. für die Reparationen erzielt worden waren. — Man kann auf die weitere Entwicklung dieses recht gereizten englisch-französischen Meinungsaustausches immerhin gespannt sein.

Die Gefahr eines neuen Polenputsches

ist ungeheuer; sie wird zwar in jenen Gegenden geringer eingeschätzt, in denen Engländer stehen, aber sie ist besonders schlimm in den Südgebieten, im Kreise Tarnowitz und längs der Ostgrenze des Beuthen-Tarnowitzer Kreises. Denn überall hier ist von polnischer Abrüstung keine Rede, sondern nur von einer Atempause.

General Le Rond hat seine zweite Inspektionsreise in das Aufstandsgebiet angetreten. Der Zug wird nur von polnischen Eisenbahnern unter starker französischer Bedeckung gefahren, alle Brücken sind bewacht, die Bahnhöfe abgesperrt. Den Deutschen wird an dem Tage, an dem General Le Rond sich in einem Ort aufhält, das Verlassen der Häuser verboten.

Nah und Fern.

○ **Universitätsprofessor Keller-Tübingen abgestürzt.** Nach einer Meldung aus Innsbruck ist der Universitätsprofessor Keller aus Tübingen am 15. Juli in dem gefrorenen Wandgletscher in den Tucher Alpen abgestürzt. Die Leiche ist in Lanersbach begraben worden.

○ **Ein Liebknecht-Luxemburg-Denkmal.** In Suhl (Thüringen) wurde im Stadtpark unter Beteiligung zahlreicher kommunistischer Arbeiter- und Sängervereine ein Denkmal für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg enthüllt.

○ **Fünf Millionen Mark Postgelder gestohlen.** Wie schon berichtet, wurde in der Nacht zum 2. Juli in Memel aus einem verschlossenen Wertaufbewahrungsraum des Postamts neben anderen Sachen auch ein Geldbetrag von 5 Millionen Mark in Tausendmarkscheinen gestohlen. Die damals ausgesetzte Belohnung von 100 000 Mark für die Beibringung wurde jetzt auf 300 000 Mark erhöht. Die Tausendmarkscheine tragen folgende Nummern: 0920 000 bis 0921 000, 0922 000 bis 0923 000 und 0926 000 bis 0929 000; sie sind mit dem grünen Kontrollbuchstaben E und dem grauen Kennbuchstaben b versehen.

○ **Ein früherer deutscher Kreuzer versenkt.** „Newyork Herald" meldet aus Washington, daß der frühere deutsche Kreuzer „Frankfurt" bei einem Flottenmanöver durch Fliegerbomben versenkt wurde.

Neueste Meldungen.

Die Getreideernte 1921.

Berlin. Das Reichsministerium für Ernährung erläßt zu den Nachrichten über den günstigen Ausfall der deutschen Getreideernte eine Veröffentlichung, nach der das Ministerium einstweilen diese Mitteilungen nicht bestätigen kann, da ein großer Teil der Ernte noch auf dem Halme stehe und das bereits geerntete Getreide nur zum geringen Teil ausgedroschen ist.

Die baltischen Staaten und Polen.

Berlin. Nach Nachrichten aus polnischer Quelle wird Montag in Helsingfors eine Konferenz der baltischen Staaten mit Polen stattfinden. An ihr nehmen teil: Estland, Finnland, Lettland und Polen. Die polnische Regierung wird durch den Vizeminister Dombski, den Führer der polnischen Friedensdelegation in Riga, vertreten sein.

Waffenfunde in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M. Zu einem Waffenfund in der Wöhlerschule teilt der Polizeibericht mit: Im Keller befanden sich 30 Kisten Infanteriemunition und 8 Benzintanks mit 400 Gewehren. Nach den Angaben des inzwischen verhafteten Schulverwalters sind diese Tanks von einem Studienrat dorthin gebracht worden mit Angabe, es seien Steine für das Senckenbergische Museum darin. Die Untersuchung bei dem Studienrat ergab für eine Reihe bekannte Persönlichkeiten belastendes Material. In einem Lokal auf der Hundswiese wurden ferner über 500 Gewehre und 40 Kisten Munition gefunden.

Gefährlicher Moorbrand.

Hamburg. Ein umfangreicher Moorbrand entstand aus bisher unaufgeklärter Ursache im Geesthachter Moor, der trotz umfangreicher und energischer Gegenmaßnahmen noch nicht gelöscht werden konnte. Die Fläche, auf der das Feuer zurzeit wütet, ist etwa 1½ Morgen groß. Die Anwohner haben ihre Hoffnung auf Regenfälle gesetzt, die allein imstande wären, dem Feuer Einhalt zu gebieten, das sich in die Erde hineingefressen hat und so nur schwer bekämpft werden kann.

Übergabe Westungarns am 10. August.

Wien. Nach aus Paris eingetroffenen Nachrichten wird Westungarn am 10. August an Österreich übergeben werden. Die Generäle der Entente reisen im Laufe der nächsten Woche nach Ödenburg, um die Vorbereitungen für die Übergabe zu treffen. Ungarn wird Westungarn zunächst an die Ententegeneräle übergeben, welche ihrerseits Westungarn an Österreich übergeben werden.

Die Schulden Europas an Amerika.

Paris. Der „Newyork Herald" meldet, der amerikanische Schatzsekretär habe in einer Debatte erklärt, im Finanzausschuß habe man anerkannt, daß die Vereinigten Staaten verpflichtet seien, die Zinsen für die Schulden der fremden Staaten zu stunden.

Keine Intervention Amerikas in Oberschlesien.

Washington. Das Staatsdepartement des Auswärtigen erklärte, daß die Regierung nicht aufgefordert worden sei, in Oberschlesien einzugreifen. Die oberschlesischen Bestreitigkeiten seien aber an sich bedeutungsvoll genug, um von sich aus eine Intervention der Vereinigten Staaten zu rechtfertigen.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes".

Keine amerikanische Vermittlung.

Neuyork, 22. Juli. (tu.) Die englische Anregung einer Vermittlung der Vereinigten Staaten in der Oberschlesien-Frage wird in Amerika ziemlich kühl aufgenommen. Eine Intervention der Bundesregierung würde nur dann erfolgen, wenn der Friede in Europa unmittelbar bedroht wäre.

Mag auch die Liebe weinen ...

56] **Roman von Fr. Lehne.**

Copyright 1913 by Greiner & Comp., Berlin W 30.

„Und den Grafen Ottokar — unsern Vater?"

Sie schwieg eine Weile, ehe sie leise entgegnete:

„Erich, er war ja Euer Vater! Das habe ich — leider — nie vergessen können! Und als das Schreckliche über ihn hereinbrach, da dachte ich, er hätte in Dir und Lori Ersatz für seine beiden ihm so jäh dahingerafften Kinder gefunden. Doch Du wolltest ja nichts davon wissen! Um Dich, mein Erich, würde ich ihm alles vergeben; wenn er Dir den Weg zu Deinem Glück ebnete — — ich könnte ihn sogar darum bitten."

Er sprang auf. Das hatte er doch nicht erwartet.

„Mutter, ist das Dein Ernst?"

Sie nickte.

„Und wenn ich Dich nun beim Wort halte — um Juttas willen?"

„Ich würde selbst gehen, für Dich zu bitten, falls Du es wünschest! — Und Jutta soll für ihre Liebe zu Dir belohnt werden. Dein Vater muß Dir — schon ihretwegen — eine Dir zukommende Stellung einräumen! Du bist dem lieben Mädchen schuldig zu tun, was in Deinen Kräften steht, damit ihr Opfer überflüssig wird."

„Mutter, ich danke Dir für dieses Wort. Doch sprich noch nicht zu ihr davon, ehe nicht Klarheit zwischen uns und den Allwördens ist!"

Er faßte die beiden Hände seiner Mutter und sah tief und forschend in ihre Augen.

„Mutter, und wenn ich Dir nun sage, daß unser Vater uns sucht, daß er Deiner in Sehnsucht gedenkt ..."

Sie verbarg das Gesicht in ihren Händen und wandte sich ab. Ach, das wußte sie ja schon! Und dann legte Erich den Brief, den ihm Rüdiger gegeben, vor sie hin.

„Mutter, lies das hier," sagte er weich.

In stiller Nacht las Frau Maria nochmals das Bekenntnis ihres Gatten, las von seiner Sehnsucht und seiner nie verflogten Liebe. Und die Eisrinde ihres Herzens begann zu schmelzen — sie legte das Gesicht auf den Tisch und weinte bitterlich.

Erich ging hinaus. Das mußte die Mutter mit sich allein abmachen ...

Er stand draußen und blickte hinauf nach dem kleinen Giebelfenster, das ein schwaches Licht zu ihm herabsandte. Und das schwache Licht wurde ihm zu einer großen strahlenden Sonne, vor der er geblendet die Augen schließen mußte. Sehnsüchtig streckte er die Arme aus.

„Jutta, mein Lieb, mein alles," flüsterte er.

Lange stand er so; als er wieder hineinging, fand er die Mutter noch in der gleichen Stellung, wie er sie verlassen, doch die Tränen, die sie jetzt weinte, waren erlösende Tränen.

Er legte seine Hand auf ihr weißes Haupt und beugte sich zu ihr nieder.

„Mutter! Hat er vergebens gesühnt? Darf unser Vater zu uns kommen?" fragte er.

Unter Tränen lächelnd, sah sie ihn an.

„Ja, Erich, er soll kommen, um Dich glücklich zu machen."

„Darum, Mutter? Nur darum?"

„Nein, auch um mich und um seiner selbst willen! Er soll in seinen letzten Jahren nicht mehr einsam sein!" entgegnete sie leise, und mit einem schüchternen Lächeln: „Ich wußte es ja schon, Erich — den Brief habe ich schon gelesen."

Da küßte er sie auf die Stirn. Und ging wieder hinaus. Für sein übervolles Herz war es drinnen zu eng, und er wanderte durch den geliebten Forst, bis die Morgendämmerung begann, bis es im Osten rosig erglühte und strahlend die Sonne aufging.

Dann ging er froh heim. — —

Und kaum eine Stunde später hielt ein geschlossener Wagen vor der Försterei. Mit verweintem Gesicht stiegt die alte Ernestine aus, die einst bei Jutta Kinderfrau gewesen und aus Anhänglichkeit geblieben war.

„Wo ist — wo ist?" Ihre Lippen versagten.

„Sie wollen zu Fräulein Jutta? Ich werde Sie hinaufbegleiten; sie schläft noch!"

Frau Berger öffnete die Tür zu dem Giebelzimmerchen. Lori lag angekleidet auf dem kleinen Sofa. Die Morgensonne beleuchtete die beiden jugendlichen Schläferinnen, die durch das leise Geräusch erwachten.

Jutta schreckte auf und sah sich verwundert um. Sie mußte sich erst besinnen, wo sie sich befand — das war doch nicht ihr schönes Mädchenstübchen mit den weißlackierten Möbeln und den bunten Cretonnevorhängen. Nun kam ihr auch die Erinnerung an das Vorgefallene. Heute sollte doch ihr Hochzeitstag sein!

„Ernestine!" rief sie und streckte die Arme aus.

„Mein Mäuschen! Mein Täubchen!" schluchzte die Alte.

„Du sollst mich wohl holen?"

Trübe schüttelte sie den Kopf.

„Nein, mein Täubchen! Aber fortbringen soll ich Dich — zur Frau Pastor Lohsing nach Breckewitz. Und dort sollst Du bleiben, bis —"

„Nein, ich lasse mich nicht von Erich trennen," rief sie aufgeregt.

„Das wollen sie auch gar nicht mehr! Du kannst ihn ruhig heiraten, hat der Herr Oberförster gesagt; ihm sei alles gleich, wo wir doch einmal in der Leute Mund sind! — Aber hier bleiben kannst Du doch nicht, das mußt Du einsehen."

„Ernestine hat wohl recht, Jutta," meinte Lori, „um Deiner selbst willen darfst Du nicht hier bleiben! Ich begleite Dich."

„Und Mama?" fragte Jutta fast unhörbar.

„Ach, mein Herzchen"! jammerte die Alte, „die Mama ist krank von der Aufregung — und der Herr Vater, der redet gar nichts mehr. Einmal hat er gesagt, eine Kugel, das wäre das Beste. Jeder geht ihm aus dem Wege! In der Nacht habe ich mit den Mädchen den Tisch wieder abgedeckt, und wir haben den Saal hergerichtet, wie er war, haben die Kränze und den Blumenschmuck wieder entfernt ... Juttachen, was hast Du denn auch getan! Der Jammer zu Hause! Und denke an die Hochzeitsgäste."

„An die denke ich nicht! Ich denke nur daran, daß ich den Max doch nicht heiraten konnte. Ich war so feige — aber gestern, als mir das Messer an der Kehle saß, da faßte mich der Mut der Verzweiflung — was noch kommen würde, ich mußte so handeln!" Dicke Tränen standen in Juttas Augen. Die Alte seufzte schwer und schüttelte den Kopf.

„Davonlaufen am Polterabend — die Eltern so zu kränken."

„Lassen Sie es gut sein, Ernestine! Der Herr Oberförster wird bald versöhnt werden, verlassen Sie sich darauf!" sagte Frau Berger mit solcher Bestimmtheit, daß die beiden anderen verwundert aufblickten. Lori nickte dazu.

Ach, die Frau Berger und Fräulein Lori hofften wohl zu viel! Da glaubte Ernestine eher an den Einsturz des Himmels. Diese Blamage vor den Verwandten konnte er niemals verwinden. Was hatten der Onkel General und die Tante für ein Gesicht gemacht — nein, nein — und erst von der Mama Seite. Die Herrenkirchs — wie hatten die Leutnants die Nase gerümpft — — —

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF

Kommunistische Umtriebe in Südbayern.

München, 22. Juli. (tu.) Wegen umstürzlerischer Umtriebe wurde der 18jährige Gymnasiast Moritz Heiß verhaftet. Die Erhebungen haben ergeben, daß er in führender Stellung in der kommunistischen Jugendbewegung für den Bezirk Südbayern steht. Bei einer Haussuchung in seiner Wohnung wurden kommunistische Schriften aufgefunden.

Scharfe Entgegnung der österreichischen Regierung.

Wien, 22. Juli. (tu.) Die österreichische Regierung wendet sich in scharfer Weise gegen den ungarischen Finanzminister Hegedüs, der mit einer Anspiegelung auf Westungarn sagte: Es ist die größte Weltschande, daß Oesterreich dem am Boden liegenden Ungarn die goldene Uhr aus der Tasche zieht. Die österreichische Regierung verlangt eine entschiedene Stellungnahme der ungarischen Regierung zu dieser frivolen Aeußerung des ungarischen Finanzministers.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 22. Juli.

— **Die Tagesordnung für die nächste Landtagssitzung.** Am 29. Juli wird der Landtag zu einer kurzen Zwischentagung zusammentreten. Am 1. Verhandlungstag wird das Grundsteuergesetz, das Gewerbesteuergesetz, das Gesetz über die Verteilung der persönlichen Volksschullasten zwischen Staat und Schulgemeinden, das Gesetz über die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Hebammen und der Einspruch des Reichsfinanzministers gegen die sächsischen Besoldungsvorlagen verhandelt werden.

— **Das diesjährige Schützenfest** wird, wie auch aus der von dem Direktorium der Gesellschaft veröffentlichten Festordnung hervorgeht, wieder friedensmäßig gefeiert. Darüber sich zu freuen, haben alle die Ursache, die den schönen Sitten alter Volksfeste nicht abhold sind. In der Schützengesellschaft weht ein neuer Geist, der mitdrängt an den Notwendigkeiten der Zeit. Man will das alte Volksfest wieder aufleben lassen in altem Glanze und die ganze Bevölkerung zur Teilnahme anregen. Gestern abend fand als Vorveranstaltung Revue und Exerzieren der Schützen statt, an das sich eine Versammlung im „Schützenhaus" anschloß. Mit dem Zapfenstreich morgen abend wird das Fest offiziell eingeleitet.

— **Die großen Ferien haben heute begonnen.** Freudestrahlend wanderten am Vormittag die Schulkinder heim. Hei! — wie leicht war doch der Ranzen im Vorgefühl der herrlichen Freizeit, die nun kommt. Auf jeden Fall sind die Ferientage Segenstage für die Kinder. Nach einer längeren Zeit andauernder Schularbeit sind die körperlichen Kräfte der Schuljugend abgenutzt, das Nervensystem erschöpft, die geistigen Fähigkeiten erschlaffen, die Leistungen werden geringer. Da treten die Ferien ein mit ihren wohltätigen Folgen. Der Aufenthalt in frischer Luft, die freie Bewegung, die munteren Spiele, die Sorglosigkeit von einem Tage zum andern, genügend Schlaf, stärkende Bäder, das alles regt an. Das Aussehen wird frischer, die Blutbeschaffenheit besser, das Körpergewicht größer, das Allgemeinbefinden vorzüglich. Da ist es freilich auch natürlich, daß die Kinder ausgelassener, lebhafter werden, denn wo Gesundheit ist, da ist auch Leben und Lärm und daß sie es der allzuguten Mutter zu toll treiben, ja dem Kinderfeinde Aerger bereiten, der seine eigene Kindheit vergessen hat. An alle Eltern und Freunde der Jugend mag darum jetzt vor dem Herannahen der Ferien die Mahnung ergehen, alles zu tun, daß die Ferien den Kindern zu einer Zeit wirklicher Erholung und Kräftigung werden, deren unsere heranwachsende Jugend so dringend bedarf.

— **„Oberschlesier-Hilfswerk".** Oberschlesien brennt! Die Leiden unserer oberschlesischen Brüder sind unendlich. Man hat sie aus ihrer Heimat vertrieben, man hat sie beraubt, mißhandelt. Deutsches Blut ist geflossen, um deutsches Recht, deutsches Lebensgut zu verteidigen. Nun kommt es darauf an, die Oberschlesier in ihrer Not nicht zu verlassen. Es darf nicht so sein, daß die Vertriebenen, die Bedrückten und Verängstigten den Eindruck gewinnen, niemand in Deutschland kümmere sich um sie. Es geht um sehr hohe und sehr ernste Dinge. Es geht um die Seele der deutschen Oberschlesier. Sie haben ihre Schuldigkeit für Deutschland getan. Treue um Treue! Jeder gebe gern und freudig am Sonntag, den 24. Juli 1921, in Wilsdruff.

— **Ferkelmarkt Wilsdruff,** Freitag, den 22. Juli: Auftrieb 34 Stück, Preis 210 bis 240 M pro Stück.

— **Keine Saatkarten mehr!** Die reichsgesetzliche Regelung des Verkehrs mit Getreide im Wirtschaftsjahr 1921-22 bringt auch in Bezug auf den Saatgutverkehr eine Erleichterung. Der Saatgutverkehr wird sich künftig vollständig freihändig vollziehen. Saatkarten sind also nicht mehr nötig.

— **Umwandlung des Landeskulturrates in eine Landwirtschaftskammer.** Der Sächsische Landtag hatte Ende vorigen Jahres die Wahldauer des Landeskulturrates, die damals abgelaufen war, noch um ein Jahr verlängert, um die gesetzliche Regelung der amtlichen Berufsvertretung der sächsischen Landwirtschaft abzuwarten. Der Regierung war aufgegeben worden, einen entsprechenden Gesetzentwurf auszuarbeiten. Das ist inzwischen geschehen und der Referentenentwurf ist den zuständigen Stellen zugestellt worden: Er sieht zunächst vor, eine Aenderung des Namens Landeskulturrat in Sächsische Landwirtschaftskammer und sieht auch bezüglich des Wahlrechts eine Aenderung vor. Bisher bestand schon für den sächsischen Landeskulturrat das allgemeine gleiche Wahlrecht. Im neuen Entwurf ist dieses selbe Wahlrecht aber in Verbindung mit der Verhältniswahl vorgesehen. Ob Arbeitnehmer in die Landwirtschaftskammer einziehen werden, steht noch dahin. Beabsichtigt war, erst vom Reichstag ein Mantelgesetz über die Zusammensetzung der Landwirtschaftskammer schaffen zu lassen, bevor die landesgesetzliche Regelung erfolgte, da aber die übrigen deutschen Staaten neue Gesetze über die Zusammensetzung der Landwirtschaftskammer bereits verabschiedet haben, soll, wie der Sächsische Zeitungsdienst mitteilt, nunmehr auch die Angelegenheit in Sachsen landesgesetzlich geregelt werden.

— **Wissenschaftliche Erforschung der Maul- und Klauenseuche.** Zur Wiederaufnahme der wissenschaftlichen Forschung hat das Reichsgesundheitsamt bekanntlich einen Arbeitsplan aufgestellt, dessen Durchführung sich auf 4 Jahre erstrecken und wofür eine Mindestsumme von 2 Millionen Mark angefordert wird. Wie der Sächsische Zeitungsdienst dazu noch erfährt, ist zunächst ein Sachverständigenbeirat von der Reichsregierung ernannt worden, dem von Sachsen Ministerialrat Professor Dr. Ebelmann angehört. Dieser Beirat hat zunächst zu prüfen, wie die für diesen Zweck angeforderten Reichsmittel verteilt und welche Aufgaben und Arbeitsgebiete den einzelnen Institutionen zugeteilt werden sollen. Von der Sächsischen Regierung sind dem Reichsgesundheitsamt als Institute, die sich an der Forschung beteiligen werden, das Hygieneinstitut und das Veterinärinstitut der Tierärztlichen Hochschule vorgeschlagen worden. Ueber den vorläufigen Arbeitsplan herrscht mit Berlin völliges Einverständnis. Die endgültige Entscheidung darüber trifft das Reichsgesundheitsamt.

— **Ein milder Winter?** Ueber die voraussichtliche Gestaltung der Witterung in den nächsten Monaten schreibt ein Wetterkundiger der „Jenaischen Ztg.": Der Juli und August werden voraussichtlich noch einige stärkere Gewitterperioden mit anschließendem Landregen, der September dann mehr kühles und feuchtes Wetter, der Herbst aber milderes Wetter mit reichlichen Niederschlägen bringen. Die erste Hälfte des Oktober wird mehr trockenes, klares Wetter, verbunden mit einigen stärkeren Nachtfrösten bringen, während der Spätherbst dann verhältnismäßig noch warmes Wetter aufweisen dürfte. Nach der diesjährigen Entwicklung der Sonnenflecken und der von ihnen beschriebenen Kurven besteht Aussicht auf einen noch milderen Winter als den vergangenen.

— **Besserung des Arbeitsmarktes.** Die Besserung des Arbeitsmarktes in Sachsen hat auch im Monat Juni allgemein angehalten. Bei 62 berichtenden Arbeitsnachweisen ist in sämtlichen Berufsgruppen die Zahl der Arbeitsuchenden gesunken, und zwar von 69 630 Anfang Juni auf 57 272 Anfang Juli. Unter den Gründen, aus denen die Zahl der unterstützten Erwerbslosen abgenommen hat, verdient neben dem Fortgang der landwirtschaftlichen Arbeiten namentlich die anhaltende Belebung der Bautätigkeit hervorgehoben zu werden. Es darf aber auch nicht außer acht gelassen werden, daß die produktive Erwerbslosenfürsorge statt Unterstützung Arbeit gibt, eine große Anzahl beschäftigt, die sonst der Unterstützung anheim gefallen waren.

— **Verkehrszunahme trotz Eisenbahn-Tariferhöhung.** Wie von unterrichteter Seite verlautet, hat sich der Personenverkehr auf der Eisenbahn in **Sachsen** im Juni günstig entwickelt trotz der am 1. Juni eingetretenen Tariferhöhung. Obwohl diese nur 30 Prozent beträgt, ist doch der Verkehr im Vergleich zum Juni 1920 um etwa 49 Prozent gestiegen! Man ersieht daraus, daß angesichts der Geldentwertung derartige Preiserhöhungen von weiten Kreisen ruhig hingenommen werden, während allerdings der andere Teil des Volkes, der Einkommen und Ausgaben noch nicht ins Gleichgewicht bringen konnte, um so schwerer leidet. Ein Vergleich der Eisenbahneinnahmen im Juni mit denen des letzten billigen Monats Mai ist nicht möglich, weil dieser einen Tag mehr hat und außerdem Pfingsten in den Mai fiel. Die Mehreinnahmen des Juni 1921 sind um so bemerkenswerter, als das Wetter besonders schlecht war.

— **16. Sächsisches Bundeskegeln Dresden.** Auf allen Bahnen, auf denen Mitglieder des Sächsischen Keglerbundes kegeln, wird jetzt außerordentlich stark geholzt zum Training für das Bundesfest. Infolge der noch nie erreichten Zahl der Ehrenpreise, die schon jetzt über 800 beträgt, also eine Höhe, wie noch bei keinem sächsischen und selbst bei keinem deutschen Bundeskegelfeste, haben diesmal auch schwächere Kegler noch Aussicht auf einen Preis auf der Ehrenbahn, denn es wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Ehrenpreise bis in die 40 heruntergehen (auf zehn Kugeln). Bis jetzt (und dabei gehen erfreulicherweise immer noch neue Stiftungen ein) stehen bereits über 85 000 M für Ehrenbahnpreise zur Verfügung. Die Neuanmeldungen von Mitgliedern gehen in außerordentlich großer Zahl ein, so daß der Bund bereits über 15 000 Mitglieder zählt.

— **Röhrsdorf.** Einem Wunsche unserer Leser in Klipphausen und Röhrsdorf kommen wir von heute an insofern nach, als wir die **Kirchennachrichten** für die Parochie Röhrsdorf veröffentlichen.

— **Burgstädt.** Gegen den hiesigen **Bürgermeister** Dr. Roth, früher Mitglied des Sächsischen Landtages, ist **Strafanzeige** erstattet worden. Laut „B. A." soll Roth für den Bruder eines Freundes namens Heckel einen Auslandspaß haben ausstellen lassen, obwohl Heckel vom Staatsanwalt wegen großer Schiebungen gesucht wurde. Heckel sei dann auch nach Italien geflüchtet. Ferner seien für zwei Chemnitzer Auslandspässe mit unrichtigen Angaben ausgefertigt worden. Einem der Chemnitzer habe man in Chemnitz die Ausfertigung eines Auslandspasses verweigert. Im Verlaufe eines Streites mit einem Verwaltungssekretär Franke, gegen den Roth Beleidigungsklage angestrengt hatte, kamen diese Dinge der Chemnitzer Staatsanwaltschaft zur Kenntnis, die ein Strafverfahren gegen Dr. Roth und Genossen eingeleitet hat. Dr. Roth soll das sächsische Justizministerium um Niederschlagung ersucht haben.

— **Altenburg.** Ein Baumeister aus einer benachbarten Ortschaft hatte von einer Bank 6000 M abgehoben. Das Geld verwahrte er in einem kofferartigen Behälter, den er auf einen Gepäckhalter seines Motorrades aufgeschnallt hatte. Auf der Fahrt nach Hause ging der Behälter auf, und es entfielen ihm in Zwischenräumen insgesamt 4000 M. Ein Polizei-Wachtmeister fand ein Paket Zwanzig-Markscheine, ein Kind und ein Geschirrführer fanden 2000 M und ein Landwirt die restlichen 1000 M. Die Finder hatten alle freiwillig das Geld abgeliefert, so daß der Verlustträger sein Geld restlos wiederbekam.

Kirchennachrichten — 9. Sonntag n. Trin.

Wilsdruff.

Predigttext: Luk. 16, 1—9.

Vorm. 8,30 Uhr Predigtgottesdienst (P. Zacharias-Kesselsdorf). — Vorm. 11,30 Uhr Taufgottesdienst.

Grumbach.

Vorm. 8,30 Uhr Predigtgottesdienst. — Vorm. 10 Uhr Kindergottesdienst.

Kesselsdorf.

Vorm. 8,30 Uhr Predigt (Pf. Heber). — Nachm. 2 Uhr Taufen.

Sora.

Vorm. 8 Uhr Hauptgottesdienst. — Vorm. 9,15 Uhr Kindergottesdienst mit Kl. 1.

Röhrsdorf.

Vorm. 8,30 Uhr Predigtgottesdienst. — Vorm. 10 Uhr Kindergottesdienst. —

Dienstag abend 8 Uhr Jungfrauenverein.

Blankenstein.

Vorm. 8 Uhr Predigtgottesdienst. — Vorm. 9,30 Uhr Kindergottesdienst.

Als neuester Band erscheint jetzt

Zwei Bräute

Originalroman von Berta Heyn

Felicitas, der Heldin dieses fesselnden Romans wird der Verlobte in heimtückischer Weise abwendig gemacht. Wie sie ihn wiederfindet und wie sich auch das Schicksal ihrer treuen Freundin Katharina erfüllt, das schildert die Verfasserin in ihrer unvergleichlichen, zu Herzen gehenden Art!

Meisters Buch-Roman erscheint wöchentlich in Heften zum Preise von 50 Pf. und ermöglicht durch das Einbinden in die zu jedem Roman erhältliche Einbanddecke auf die billigste Art und Weise die Beschaffung guten, einwandfreien Lesestoffes und mit der Zeit die Anschaffung einer wertvollen **Hausbibliothek!** Verlangen Sie Probehefte von den Austrägern oder durch die Geschäftsstelle dieses Blattes.

54. Band

Die Allgemeine Sport-Centrale Dresden

G. m. b. H. (handelsgerichtlich eingetragen)

zahlt nach 2 Monaten, vom Tage der Einzahlung an (nehmen auch Kriegsanleihe an):

Für 500 Mk. 975 Mk. Für 1000 Mk. 1950 Mk.
Für 5000 Mk. 9750 Mk. Für 20000 Mk. 39000 Mk.

Kein Risiko! Sicherste Kapitalanlage! 4954

Einzahlung jeden Sonnabend von 8—3 Uhr in Wilsdruff, Gasthof „Goldener Löwe", Vereinszimmer. Sonst Einzahlungen beim **Vertreter: Max Hirschnitz, Tharandt, Cottastraße 163.**

Zufolge ergangener Einladung der Schützengesellschaft bitten wir unsere Mitglieder, sich nächsten Sonntag **möglichst zahlreich am**

Schützenauszuge

beteiligen zu wollen.

Die Gesamtvorstände:
Gesangverein Anakreon,
Gesangverein Liedertafel,
Militärverein und 4962
Deutscher Turnverein.

Turnverein (D. T.)
Wilsdruff.

Sonnabend den 23. Juli abends 8 Uhr

Monatsversammlung.

4965 **Der Turnrat.**

Drucksachen
liefert sauber und schnell
die Tageblattdruckerei.

Ia neue
Speisekartoffeln
empfiehlt
Landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft Tharandt. 4957

Neue
Voll-Heringe
das Beste, was es davon gibt, empfiehlt
Alfred Pietzsch.

Wirtschaftsgehilfe,
15—16 Jahre alt, für sofort gesucht. 4954
Herzogswalde 31.

Jäpel
Nur solange Vorrat reicht
prima Speisekartoffeln
65 u. 75 Pfg d. Pfd.
Tharandter Str.
Fernsprecher 543.

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Was ist „Jäpa"?

Wegen Nachzucht ist hochtragende gute
Nutzkuh
zu verkaufen. 4961
Kirchner,
Gasthof Birkenhain.

Kaufe
Gerste, Roggen
sowie später
Weizen u. Hafer
neuer Ernte im **freien** Handel und auf Umlage zu den jeweiligen Preisen.
Erbitte Angebote. 4958
Louis Seidel,
Wilsdruff.
Fernruf Nr. 10.
Auch suche
Klee u. Wiesenheu

„Oberschlesierhilfe!“

Sonntag, den 24. Juli 1921

Blumentag in Wilsdruff

zugunsten unserer vertriebenen Deutschen aus Oberschlesien.

Leerung und Zählung der Sammelbüchsen durch den Stadtrat zu Wilsdruff.

4919 **„Oberschlesierhilfe“, Sammelstelle Meissen.**

Das Schützenfest in Wilsdruff

findet Sonntag den 24. und Montag den 25. Juli d. J. statt.

Ein geehrtes hiesiges und auswärtiges Publikum wird hierzu ganz ergebenst eingeladen.
Für Volksbelustigung aller Art ist auf dem Festplatze genügend Sorge getragen worden.

Alle Vereine, Korporationen und Ehrengäste werden hierdurch zu dem am Sonntag nachmittag 2 Uhr stattfindenden Festzug freundlichst eingeladen und höflichst gebeten, sich wie früher recht zahlreich zu beteiligen.

Das Direktorium der privil. Schützengesellschaft.

Schützenfestsonntag

sind alle Wilsdruffer Geschäfte von 11 bis 6 Uhr nachm. geöffnet.

Für die anlässlich des Schulfestes unseren Kindern zuteil gewordene Liebe sagen wir den Herren Lehrern, Fräulein Meyer und der Familie Griessbach, der Familie Kiesslich und all den anderen edlen Spendern, sowie den freundlichen Helferinnen unseren

innigsten Dank.

Herzogswalde, am 20. Juli.

Die Eltern der Kinder.

4961

Für die uns zu unserer Vermählung so zahlreich dargebrachten guten Wünsche und Geschenke, sowie dem Gesangverein „Liederkranz“ für sein Ständchen, sprechen wir nur hierdurch unsern

herzlichsten Dank

aus.

Gleichzeitig danken wir herzlichst für die vielen Aufmerksamkeiten bei unserem Umzug ins neue Heim.

Kurt Eger u. Frau geb. Gruner,
Paul Eger u. Frau.

Blankenstein, 22. Juli 1921. 4963

Warnung!

In Verbindung mit dem durch Herrn Stadtrat Schlichenmaier bewirkten Verkauf der Dampfmaschine und des Kessels werden Bemerkungen laut, durch die Herrn Maschinenfabrikanten Paul Troeltzsch in Dresden Fahrlässigkeit bei der Abschätzuug dieser Gegenstände vorgeworfen wird.

Herr Troeltzsch fühlt sich durch solche Bemerkungen schwer beleidigt, da er sein Urteil über den Verkaufswert der Maschine und des Kessels selbstverständlich ganz unbeeinflußt und ganz unparteiisch nach bestem Wissen und Gewissen abgegeben hat und auch von keiner Seite dafür auch nur einen Pfennig erhalten hat.

Herr Troeltzsch wird deshalb gegen jeden, der in dieser Angelegenheit unwahre Gerüchte über ihn ausspricht oder verbreitet, wegen Beleidigung strafrechtlich vorgehen.

Dresden, den 21. Juli 1921. 4958

Rechtsanwalt Dr. Leopold Weber.

Gasthof Weistropp.

Sonntag den 24. Juli 4950

Feiner Ball.

Hierzu ladet ganz ergebenst ein **Alfred Branzke.**

Gasthof Blankenstein.

Sonntag den 24. Juli 4965

Feiner Ball

Hierzu ladet freundlichst ein **Max Richter.**

Die Herren Gemeindevorstände

machen wir darauf aufmerksam, daß wir

Quittungen für Annahme von Steuermarken

nach Entwurf der Steuerkasse zu Wilsdruff in Sammelanfertigung herstellen evtl. mit dem jeweiligen Ortsnamen und bitten um **sofortige** Bestellung.

Wilsdruffer Tageblatt, Fernsprecher 6.

Grossen Beifall

finden in allen Kreisen meine

Spezial-

Kaffeemischungen.

Durch volles, kräftiges Aroma, grösste Ausgiebigkeit und hochfeinen Geschmack zeichnen sich dieselben von selbst aus.

Ein Versuch lohnt. 4903

Pfund **20.—, 24.—, 28.—, 32.—** *und* **34.—** *Mark.*

Paul Lauer, am Markt.

Ostfries. Zucht- und Milchvieh-Verkauf

Wir sind heute mit einem frischen Transport **hochtragender und frischgekalbter**

Herdbuch-Kühe

sowie sprungfähiger

Herdbuch-Bullen

eingetroffen und stellen dieselben in unseren Stallungen von heute ab preiswert **zum Verkauf.** 4959

Schlachtvieh wird mit in Zahlung genommen.

Gebr. Ferch, Kesselsdorf.

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF